

RUPERT NEUDECK

Der Nächste oder der Zuständige?

Nicht nur eine theologische, auch eine Frage auf Leben und Tod¹

Nun tritt der Samariter auf den Plan. Was wird er tun? Er fragt nicht nach dem Radius seiner Solidarverpflichtungen und auch nicht nach Verdiensten für das ewige Leben. Es geschieht etwas anderes: Das Herz wird ihm aufgerissen; das Evangelium gebraucht das Wort, das im Hebräischen ursprünglich auf den Mutterleib und die mütterliche Zuwendung verwiesen hatte. Es trifft ihn in die ‚Eingeweide‘, in seine Seele hinein, diesen Menschen so zu sehen.

„Er wurde von Mitleid ergriffen“, übersetzen wir heute, die ursprüngliche Vitalität des Textes abschwächend. Durch den Blitz des Erbarmens, der seine Seele trifft, wird er selbst zum Nächsten, über alle Fragen und Gefahren hinweg. Insofern ist hier die Frage verlagert: Es geht nicht mehr darum, welcher andere mir Nächster ist oder nicht. Es geht um mich selbst. Ich muss zum Nächsten werden, dann zählt der andere für mich ‚wie ich selbst‘.²

Ich bin zu diesem Thema nicht über die Philosophie und schon gar nicht über die Klugheit der politischen Wissenschaften gekommen. Das meiste, was ich gelernt habe, habe ich nach dem Studium gelernt. Nicht einmal im Beruf. Der Beruf des Journalisten war zwar toll und ereignisreich, gelernt habe ich aber in der Aktion. Wenn Sie mit dem Kopf an die Wand schrammen, und es tropft Blut, dann gibt es manchmal sehr nachhaltige Erlebnisse und Erkenntnisse.

Europa wird konstituiert durch das Gleichnis vom barmherzigen Samariter, durch Haltungen, die allein aus dem Evangelium kommen: Mitleid, Güte. Das sind Haltungen, die nicht geschuldet, sondern freiwillig sind. Diese Europa-Konstitution gilt auch über die Glaubens-, Kirchen- und Konfessionsgrenzen hinweg. Wie kommt es, dass sich Europa, in all seinen nationalen, ethnischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Schattierungen, aufmacht an den Ort einer Katastrophe, eines zu Ende gegangenen Krieges oder eines Erdbebens? Warum tun das die anderen Kulturen und Kontinente nicht? Jedenfalls nicht in dem Maße, wie Europa das tut. Immer sind es die Europäer. Und, ja, man darf sagen: die Christen.

Das darf man sagen, wenn man damit nicht irgendwelche praktizierenden Orthodoxie-Monster meint. Im Gegenteil, das einzig Christliche an Europa besteht vielleicht darin, dass es in seinen humanitären Bemühungen und Organisationen noch diesen großen Strom von verborgener Christlichkeit, von anonymer oder säkularisierter Christlichkeit gibt.

¹ Vortrag in Berlin am 14. Juni 2007, anlässlich der Eröffnung der neuen Kanzleiräume von P+P Pöllath + Partners.

² Benedikt XVI./Joseph Ratzinger, Jesus von Nazareth, 2007, S. 237.

Ich bin nach 27 Jahren (1979 habe ich mit der humanitären Arbeit begonnen) fest davon überzeugt, dass sehr viele unter unseren Mitstreitern in der humanitären Arbeit und in den Organisationen genau die Kirche der Praxis und der Mitleid-Tat gefunden haben, die sie in der Kirche und in den Kirchen vergeblich suchen.

Das Christliche drückt sich noch immer am stärksten im Helfen aus.

Man könnte freilich sagen: Ja, nun sind wir auch die Betuchtesten.

Aber das trifft schließlich auf viele funktionierende reiche Staaten der arabischen Welt ebenso zu. Die arabische Welt hätte mühelos die Möglichkeit, die humanitären Aufgaben aus der eigenen Schatulle zu bezahlen. Doch in den reichsten Staaten der Welt – und das sind immer noch die Petrodollar-Staaten oder die islamischen Länder, die auch mit Öl und Bodenschätzen wuchern können – gibt es keine vergleichbaren Träger einer solchen Mitleidsbewegung.

Die historische Perversion Europas ist gleichermaßen klar, und ich werde sie auch gleich erwähnen: Sie besteht in der ausdrücklichen Verweigerung dieser Werte im Bolschewismus und im Nationalsozialismus.

Als der russische Germanist, Philosoph und Philanthrop Lew Kopelew sich als Führungs- und Propaganda-Offizier in Ostpreußen beim damaligen Einmarsch der Roten Armee klarmachte, dass die gesamte von ihm und seinesgleichen durchgeführte sozialistische Erziehung zu einem neuen Menschen nichts gebracht hatte, da musste er versuchen zu protestieren. Ein Mann wie Kopelew war noch in der Lage, Mitleid mit der geschundenen Kreatur zu haben. Von der kommunistischen Parteiführung wurde er verurteilt, wegen zu viel Mitleid mit dem deutschen Feind.

Auf den stinkenden Leichenfeldern Ruandas erinnerte mich das an eines der zehn Gebote der Hutus. Im Hetzblatt „Kangura“, dem Nazi-„Stürmer“ vergleichbar, veröffentlichte der Hass-Chefredakteur Hassan Ngeze (a small time hustler with a talent for crude propaganda) 1993 die „Ten Hutu Commandments“. Darunter gab es das achte Gebot: „Hutus must stop having mercy on the Tutsis.“

Es war im Juni 1979, als mir zum ersten Mal klar wurde, dass Europas Schicksal und Zukunft davon abhängen, ob es auf dem Zuständigen allein beharren, oder sich auf die Handlungsweise des Samariters besinnen wird. Das ist inzwischen auch Zeitgeschichte. Aber es ist doch nicht so lange her, dass sich einige hier nicht erinnern könnten.

Als es um die voraussichtliche Aufnahme der vietnamesischen Flüchtlinge durch das Rettungsschiff Cap Anamur ging, wurde ich von einem Mitarbeiter im Auswärtigen Amt gefragt, ob ich denn schon den Zuständigen gefragt hätte. Hatte ich natürlich nicht. Und ich hatte naiverweise diese Frage als augenzwinkernden Hinweis darauf verstanden, dass ein Zuständiger bereits etwas tue.

Die erste Überraschung: Es gibt einen Zuständigen. Es gibt in unserer durchorganisierten bürokratisierten Welt immer einen Zuständigen, manchmal zwei, die sich alibihaft ihre Zuständigkeit auch noch hin- und herschieben können, bis sie schließlich an einem hängen bleibt.

Der Zuständige ist sogar sehr mächtig. Ich möchte Ihnen illustrieren, was ich erleben durfte: Riesige Gebäude, ganze Botschaftersysteme weltweit, ein großes Palast-Hauptquartier in Genf, das immer größer geworden ist – wegen der Zu-

nahme der Detailzuständigkeiten und der Abnahme der Nächsten-Beschäftigung. Es handelt sich um die Insignien des UNHCR, des weltzuständigen „United Nations High Commissioner for Refugees“:

Genau diesen fragte ich also. Und bekam eine für einen Zuständigen ganz normale Antwort:

„Diesen Fall hatten wir noch nicht.“

Das ist ein Satz, den Sie alle auf irgendeiner Behörde von irgendeinem Beamten schon einmal gehört haben. Damit meinten die Damen und Herren in Genf: Das sind komische und unanständige Flüchtlinge, denn sie nehmen ihren Weg nicht so, wie das jemand tut, der anständig ist und uns Zuständigen die Arbeit erleichtert. Ein anständiger Flüchtling ist jemand, der eine Grenze überschreitet, und der, wenn er es illegal tut, verhaftet wird. Dann können wir ihn screenen, eine Akte über ihn anlegen, ihn befragen und interviewen, kurz: herausfinden, ob er ein „richtiger“ oder ein „falscher“ Flüchtling ist.

Sie merken schon, wie nah wir wieder am Gleichnis vom Samariter sind. Der UNHCR-Beamte ist heute der Levit, der Monitor- und Sicherheitschef ist der Priester, der da vorbeikommend bei dem Verletzten, dem Blutenden, auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho unter die Räuber Gefallenen erst einmal prüfen muss, ob man unter solchen Bedingungen einer gerade stattgehabten Räuberei überhaupt helfen kann.

Wenn wir also die Sache einem Zuständigen überlassen hätten, wären wir falsch gewickelt gewesen. Zuständige sind aber dennoch wichtig. Ordentliche Gesellschaften leben davon, solche Zuständigkeiten und Verlässlichkeiten zu kennen.

Es gab damals noch eine zweite Überraschung in einer anderen kritischen Situation: Bei einer ersten großen Sitzung im Auswärtigen Amt im Juni 1979, bei der die geballte Ladung der Zuständigkeiten anwesend war, wurde ich gefragt: „Wer, Herr Neudeck, ist Ihr Seerechtsreferent?“ Ich war damals auf dem Wege, meine Naivität etwas abzubauen und wusste, dass mit der Wahrheit hier nichts zu holen ist. Ich hatte das Wort noch nie gehört. Aber ich murmelte so etwas wie: „Wir sind da mit zwei oder drei Kandidaten im Gespräch.“

Hätten wir im Sommer 1979 einen Seerechtsreferenten gehabt, stünde ich heute nicht vor Ihnen. Das Unternehmen Cap Anamur hätte es nicht gegeben, denn ein Seerechtsreferent hätte alle guten Gründe und Argumente aufgeschrieben, die es dafür gibt, ein solches Unternehmen besser *nicht* zu beginnen.

*Ein Zuständiger, der zum Nächsten wird: General Roméo Dallaire
1994 in Ruanda*

Für eine zeitgeschichtliche Epoche, die wir alle miterlebt haben – sogar über Bilder, Bildberichte und laufende Bilder –, für den grässlichen Völkermord in Ruanda von April bis Juni 1994, wurden zwei fundamentale Grundlagen der europäischen Zivilisation einfach aufgehoben. Es wurde, wenn ich das so zynisch sagen darf, ein Moratorium eingerichtet, mit dem das Samaritergleichnis ebenso außer Kraft gesetzt wurde, wie die Völkermordkonvention von 1948, die immer wieder als die größte Errungenschaft der Neuzeit gepriesen wird.

Die erste aufgehobene Grundlage: Das Konzept, dass man selbst der Nächste ist, wurde für die belgischen Soldaten, die Mitarbeiter der Deutschen Welle, für die belgischen Nonnen, für die belgischen Blauhelme, für die belgischen Militärseelsorger aufgehoben – sofern sie die richtige Hautfarbe und den richtigen Pass hatten. Sie brauchten sich gar keine Mühe zu geben.

Es war der Rückfall in den brutalsten Rassismus: Einige Menschen sind wertvoller als andere und werden gerettet, die Menschen vor Ort dagegen sind es nicht wert.

Jemand hat das Hinausfahren der belgischen Blauhelme aus dem Kigali-Stadtteil Kucikyro gefilmt. Unter ihnen waren auch zwei oder drei Militärgeistliche. Ein Tutsi-Mädchen klammerte sich an den Wagen des Geistlichen, krallte sich so stark fest, dass sie über den Boden geschleift wurde. Der Geistliche löste gewaltsam die Hände des Mädchens von der Fensterscheibe. Nicht einer durfte mitgenommen werden. Aber von den wertvollen Weißen wurden alle mitgenommen, einschließlich ihrer Besitztümer. Es wurden nicht einmal freie Plätze mit Tutsis belegt. Hunde des französischen Botschafters, ja – die Tutsi-Sekretärinnen des gleichen Mannes, nein.

Alles war übrigens möglich, um die Weißen militärisch herauszuhauen. Der Flughafen von Kanombe wurde regelrecht eingenommen. Wenn es um uns selbst geht, sind Blauhelme ganz toll und leisten auch etwas. Sonst aber verfügen sie schlicht, dass „das militärisch nicht machbar sei“. Das Moratorium war hinsichtlich derer, die es wert waren, gerettet zu werden, und derer, die nicht der richtigen Blutgruppe angehörten, entsetzlich klar.

Später trafen wir einen US-amerikanischen, aber schwarzen Arzt, der eigentlich aus Kanombe hätte gerettet und evakuiert werden müssen, weil er zur Gruppe der USAID-Experten gehörte. Aber seiner Herkunft nach, er kam aus Kongo-Zaire, war er schwarz. Und damit war er eher auf der falschen Seite. Er erzählte uns, dass er, weil schwarz, bei der Evakuierung regelrecht vergessen worden war. Ich habe unsere weißen Europäer so oft bei solchen feigen Evakuierungen erlebt, dass mir mittlerweile schon der Geduldsfaden reißt, wenn ich das Wort „Evakuierung“ nur höre.

Die zweite aufgehobene Grundlage: Die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen, also unserer Menschheit, der größte menschenrechtliche Fortschritt und unsere größte Errungenschaft, wurde ebenfalls außer Kraft gesetzt. Wenn niemand diesen Zustand im Weltsicherheitsrat der UNO benennt, dann bedeutet das ein Moratorium der gesamten Völkerrechtsordnung, pessimistischer ausgedrückt, schlicht ihren Zusammenbruch.

Es gibt freilich auch den Fall, dass aus einem Zuständigen ein Nächster wird. Das ist nicht häufig, aber es kommt vor. Der wichtigste Fall, in dem sich das in Zuständigkeiten erstarrte Europa schließlich nur noch ängstlich auf die Zuständigkeit als das letzte Residuum der Euro-Menschenrechte berief, war der Fall General Roméo Dallaire.

Dieser Mann verdient wirklich den Friedensnobelpreis, aber er wird ihn nicht bekommen, denn das Europa der Zuständigen wird ihn nicht nominieren. Immerhin handelt es sich um einen General, der einen Befehl verweigerte. Roméo

Dallaire wurde Ende 1993 zum Oberbefehlshaber einer gut ausgebauten und bewaffneten Truppe der sogenannten UNAMIR gemacht, die den Friedensvertrag von Arusha überwachen und in der Hauptstadt und auch in dem vergleichsweise kleinen Land für Sicherheit und Ordnung sorgen sollte.

Dallaire bekam über einen Gewährsmann, der zudem selbst gefährdet war, Kenntnis von den Völkermordplänen, den Waffenlagern und den Versammlungsorten der damaligen ruandischen SS, der Interahamwe. Unverzüglich schickt er am 11. Januar 1994 ein Telefax an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in dem er darum bittet, die Infrastruktur der Völkermörder sofort zunichte zu machen.

Dieses Telefax gelangt aber gar nicht erst bis zum Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali. Über den indischen Schreibtisch-Zuständigen kommt es beim Weltzuständigen für Blauhelmeinsätze an, damals Kofi Annan. Nach wenigen Tagen gibt Annan die kategorische Anordnung: Dallaire habe sich an seine Order aus dem Kapitel VI der Charta zu halten. Er habe die Parteien zu beobachten und dem Präsidenten Habyarimana davon Mitteilung zu machen. Dallaire ahnt damals, was das für furchtbare Konsequenzen haben wird. Das Unglück nimmt seinen Lauf: Am 6. April 1994 um 20:24 Uhr wird die Maschine von Habyarimana abgeschossen. Um Mitternacht ziehen wohlorganisierte Todesschwadronen in Kigali los und beginnen die ersten Tutsis und die versöhnungsbereiten Hutus zu ermorden.

Europa hat das Samariter-Gleichnis und seine Wurzeln vergessen. Die Folgen sind Ihnen bekannt. Bei einem Einsatz zum Schutz der designierten ruandischen Premierministerin Uwilingiyimana wurden zehn Belgier entsandt, die nicht bewaffnet waren. Selbst als Nicht-Militär würde ich sagen: So dämlich, in der größten Gefahr Leute unbewaffnet dorthin zu schicken, kann auch nur das Militär sein. Sie wurden ermordet. Denn man wusste, man muss nur einige der Zuständigkeitssoldaten umbringen, dann ziehen die übrigen ab. Nach unserer Erfahrung mit dem Holocaust, wundert es mich, dass niemand darauf bestanden hat, zu bleiben. Der Einzige von den Westlern, der blieb, war der kanadische General Roméo Dallaire. Und es blieben die 270 Ghanaer unter ihrem Obersten Anyidoho. Dallaire verweigerte den Abzug am 22. April 1994. Als ihm vom Weltsicherheitsrat der Abzug zugemutet wurde, sagte er: „Wir werden nicht in die Geschichte eingehen als Feiglinge.“

Am Ende waren es über 930 000 Tutsis und versöhnungsbereite Hutus, die zerhackt, ersäuft und ermordet wurden. Nur einer hat ohne jede Rückendeckung den Weg vom Zuständigen zum Nächsten angetreten. Wenn wenigstens die Kirchen wüssten, dass sie ihn ehren müssen. Aber selbst das trauen sich die Kirchen in Deutschland nicht – weder meine katholische noch die protestantische.

General Roméo Dallaire übrigens kann unter der Last, die er sich selbst aufgebürdet hat, nicht mehr leben. Er hat bereits zwei Selbstmordversuche unternommen. Er hält es nicht aus, zu wissen, dass er den Völkermord hätte verhindern können, wenn er die Befehlsverweigerung schon im Januar begonnen und die Lager der Interahamwe ausgeräumt hätte.

Die Grameen-Bank-Initiative – Bypass the Governments!

Bei dem Thema des Nächsten sind wir von einem Muslim und Wirtschaftsexperten auf einer ganz anderen Bahn überholt worden: von Mohammad Yunus und der Grameen Bank. Yunus war nach Heinrich Böll derjenige, der uns im Kampf für eine gerechtere Welt bisher das meiste geschenkt hat.

In seinem Konzept spielen die Zuständigen keine Rolle, also weder die Regierungen noch die Ministerialbürokratien. Als die Bundeskanzlerin ihn fragte, ob sie das Geld des 60-Milliarden-Dollar-Fonds³ an die Weltbank geben könnte, antwortete er ihr, wenn sie das tun würde, sei das Geld verloren. Der radikale Gedanke, der hier mitspielt, lautet: *„We have to bypass the governments!“* Wir dürfen die Regierungen nicht mehr als die alleinigen Ansprechpartner nehmen. Oder noch drastischer: Wenn wir das dennoch weiterhin tun, werden wir ebenso Schiffbruch erleiden wie in den letzten 30 Jahren.

Yunus erzählte beim Evangelischen Kirchentag realistisch das Beispiel der 100 000 Bettler. Die von ihm gegründete Grameen Bank vergibt zu fairen Konditionen Mikrokredite an die Ärmsten, um ihnen eine Existenz zu ermöglichen und sie so aus dem Teufelskreis der Armut herauszuführen. Ein System persönlicher Bindungen gewährleistet die Rückzahlung der Kredite. Außerdem werden die Kreditnehmer Miteigentümer der Grameen Bank. Die ersten zehn Prozent sind schon gewonnen, 10 000 Bettler haben ihren Weg aus dem Joch der Armut schon gemacht. Die anderen 90 000 haben sich zu einem Teil auf diese Möglichkeit eingelassen und sind jetzt nur noch „part time beggars“ – sie können den anderen Teil des Weges noch schaffen.

Yunus ist extrem radikal. Dadurch, dass er so mönchisch harmlos aussieht, dadurch, dass er so freundlich ist, kann er die größten und stärksten Herausforderungen äußern. Immerhin hat er mit seinem Unternehmen bewiesen, dass man den Kampf gegen die Armut gewinnen kann. Dieser Kampf ist kein automatisches Erfolgsrezept. Für Yunus wird kein roter Teppich ausgerollt. Seine Regierung in Bangladesh ist nach dem Standard von Transparency International die korrupteste der Welt. Er ist bei dieser Regierung auch nicht angesehen. Auch wird seine Idee durch eine rührselige christlich-westliche Mitleidskomponente verwässert. Wir dürfen das den „armen“ Armen nicht zumuten. Yunus aber sagt: Es ist wie bei den Kindern. Wenn man sie bei ihren ersten Gehversuchen nicht irgendwann loslässt, werden sie nie laufen lernen.

Muhammad Yunus Bewegung ist um die Welt gegangen und es haben sich gewiss auch Leute angeschlossen, die damit nur etwas für ihr eigenes Image tun wollten. Yunus selbst hat sich aber nie vom Medienrummel und Regierungsglamour verführen lassen. Die großen Leute dieser Welt sind, solange sie die Großen sind, Gefangene ihres Systems. 1995 wurde James D. Wolfensohn für die folgen-

³ Im Rahmen des G-8-Gipfels im Juni 2007 in Heiligendamm wurde beschlossen, über einen Zeitraum von fünf Jahren 60 Milliarden Dollar, umgerechnet 44 Milliarden Euro, zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie Aids, Malaria und Tuberkulose auf dem afrikanischen Kontinent bereitzustellen. Die USA haben zugesagt, 30 Milliarden Dollar zu übernehmen, Deutschland beteiligt sich mit vier Milliarden Dollar.

den zehn Jahre Präsident der Weltbank. Er fühlte sich Yunus besonders verbunden. Beim Microcredit Summit 1997 erklärte er: „Auf diesem Gipfel verpflichten wir uns, Ihr Partner zu sein. Wir werden Ihnen in jeder uns möglichen Weise helfen. Wenn wir es nicht richtig machen, dann sagen Sie uns, wie wir es richtig machen.“ Doch in der Umsetzung klappte es nicht. Denn Wolfensohn war Gefangener der bürokratisch verfestigten Strukturen und Ideologien der Weltbank, die in der Praxis viel weniger über ihren Präsidenten, als über die Regierungen gesteuert wird, die wegen ihres finanziellen Inputs Einfluss nehmen können.

Werden die Citibank und die Deutsche Bank hier einsteigen, weil sie merken, dass das ein öffentlichkeitswirksames Geschäft ist? Die Citigroup trat in dem von der UNO ausgerufenen Jahr der Kleinstkredite als einer der Hauptsponsoren auf. Es gab aber auch neue Kleinstkreditbanken wie Sogesol in Haiti, wie die Xac Bank in der Mongolei oder die Opportunity Bank in Montenegro. Die Bancosol in Bolivien hatte einen exorbitanten Erfolg. Zwei Drittel der vergebenen 85 000 Kredite lagen unterhalb von 300 US-Dollar und die Bank erzielte im letzten Jahr einen Gewinn von 19 Prozent bei einer Kreditsumme von 150 Millionen US-Dollar. Mohammad Yunus sieht in dieser Entwicklung ein sozial verantwortliches Denken und Handeln, das sich langsam auch bei den Unternehmern ausbreitet.

Die entscheidende Motivation von Muhammad Yunus ist – er sagt das nie selbst, aber wir können es mit Händen greifen – religiös.

„Meine Erfahrungen mit Grameen haben mich zu der Auffassung gebracht, dass Habgier nicht die einzige Triebkraft der freien Marktwirtschaft sein muss. Soziale Ziele können die Habgier als mächtige Motivationskraft ersetzen.“

Und wie ein Prediger sagt er: „Wenn wir es richtig anstellen, können sozial engagierte Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung einnehmen.“

Yunus hat durch sein unternehmerisches Engagement millionenfach bewiesen: Eine soziale Gesellschaft, in der alle von einer größeren unternehmerischen Freiheit und Kreativität profitieren, ist möglich.

Dieser Yunus geht über das Samariter-Gleichnis hinaus, er lässt sich nicht darauf ein, auf dem Wege von Jerusalem nach Jericho zufällig jemanden zu finden. Nein, er sucht die Armen und dabei ist er durchaus religiös, denn er weiß, dass sie, den drei Hochreligionen nach, die Lieblinge Gottes sind. Anhand von zehn Kriterien sucht er die Ärmsten, denen er mit seiner Bank besonders aufhelfen will. Diese Kriterien sind ganz praktisch angelegt. Wenn jemand zum Beispiel ein kaputtes Dach hat, durch das es hereinregnet, kommt er eher für die Mitgliedschaft in der Grameen Bank infrage, als jemand, der ein gutes Dach hat. Einer, dessen Kinder auf dem Fußboden schlafen müssen, ist besser für die Mitgliedschaft geeignet, als einer, der im eigenen Bett schlafen kann. Für Yunus und die Grameen Bank sind die Nächsten immer die wirklich Armen, und diese müssen auch als solche ausfindig gemacht werden.

Im Südsudan, in Bor am Nil, muss eine Dinka Mutter mit einem Dollar und weniger am Tag auskommen. Als Währung hat sie manchmal nur noch Salz, Seife oder ihre Feldprodukte und in ihrem Tukull muss sie acht Kinder durchbringen. Morgens macht sie sich mit einem riesigen Gefäß auf zur Quelle, um Wasser her-

anzuschleppen. Dann macht sie Tee. Irgendwann, nachdem die Hitze etwas nachgelassen hat, kocht sie Matoke-Brei und Kochbananen. Vorher hat sie auf den umliegenden Hügeln Reisig gesucht. Diese Frau, die in der Lage ist, ihre hungrigen Kinder durchzubringen, ist eine bewunderungswürdige Unternehmerin. Wir alle hätten schon längst aufgegeben.

Menschen wie diese hat Yunus gemeint. Sie sind die Unternehmer ihres Geschickes, sie sind in der Lage, pfleglich mit dem Geld umzugehen, zumal, wenn sie es auch im Interesse ihrer Gruppe zurückgeben müssen.

Muhammad Yunus Hauptattacke richtet sich gegen die Wiederaufnahme des Krieges, den wir in den USA und in Europa betreiben. Nach dem 11. September 2001 hätten wir Yunus fragen müssen. Denn seine Idee ist eine große wunderbare Idee, die sich Platz schafft – in muslimischen und in christlichen ebenso wie in agnostischen Ländern. Sie braucht keine nuklearen Sprengköpfe, sie braucht keine neuen Raketenentwicklungen. Sie braucht Polizeien und Armeen, aber nicht mehr in der Stärke wie bisher. Bis Ende Dezember 2003 gab es 2931 Kleinstkreditorganisationen. Sie hatten bereits an 81 Millionen Menschen Kleinstkredite vergeben, davon 55 Millionen an Menschen, die bei der Kreditvergabe von einem Dollar pro Tag leben mussten. Im November 2006 konnte das Microcredit-Campaign-Büro auf der Grundlage von Rückmeldungen über 3100 Kleinstkreditorganisationen berichten und hatte damit ein wichtiges Ziel erreicht. Die Grameen Bank hatte zu diesem Zeitpunkt bereits über 7,6 Millionen Kleinstkreditnehmer, 94 Prozent davon Frauen.

Die Leidensgeschichte der Entwicklungspolitik

In dem riesigen Gebiet des Kongo, das man fast mit Indien vergleichen kann, gibt es keinen Staat. Die Regierung des Joseph Kabila ist allein auf die Hauptstadt begrenzt und kann nicht behaupten, Einfluss auf das Land zu haben. Bei der Kabinettsbildung im Februar 2007 beispielsweise wurde ein gewisser Andre Kasongo Ilunga aufgenommen, der in dem neuen, 60 Köpfe großen Kabinett in Kinshasa der neue Handelsminister werden sollte. Das Problem war: Es gab keinen Andre Kasongo Ilunga. Als die Regierung sich konstituierte, gab es niemanden, der diesen Namen trug. Einige Tage später schon unterschrieb der oberste Nuklear-Chef des Landes einen nicht vom Kabinett autorisierten Deal zum Verkauf von beträchtlichen Vorräten an Uran. Das alles geschah in den Tagen, als der damalige Weltbankchef Paul Wolfowitz nach Kinshasa kam, um ein 1,4-Milliarden-Dollar-Programm zu besprechen, das der Bekämpfung der Korruption dienen sollte.

Immer wieder und immer wieder wurden Gelder, die der Regierung in riesigen Summen gegeben wurden, veruntreut. Das war unter Mobutu nicht etwa nur ein Kavaliersdelikt, es war überhaupt kein Delikt.

Nun bekam die Regierung von Wolfowitz neben anderen großen Dollar-Samsonites auch einen mit 200 Millionen Dollar, allein um die Milizen zu entwaffnen. Das sollte Geld genug sein, um die 330 000 Milizionäre zu entwaffnen. Jeder sollte 25 US-Dollar pro Monat bekommen und eine Berufsausbildung er-

halten. Aber irgendwann war das Geld zu Ende, der größere Batzen war schon wieder geklaut. Der CDU-Abgeordnete Hartwig Fischer hat in dieser Zeit, als die Summe der Subventionen zum Wiederaufbau der Infrastruktur im Kongo schon auf 3,7 Milliarden Dollar angewachsen war, den Präsidenten Joseph Kabila gefragt, was er denn mit dem Geld mache, das da schon ein Jahr herumliege und immer weiter schwinde. Da schwieg der junge smarte Präsident lange, lächelte und sagte den zynischen Satz: „Ich glaube, mein Planungsminister ist nicht kompetent genug.“

Diese Geschichte ist durch einen massiven, aber seinerzeit von uns nicht wahrgenommenen Missbrauch der Entwicklungspolitik für national-egoistische Zwecke gekennzeichnet. In der Zeit des Kalten Krieges galt die Entwicklungspolitik als das beste Belohnungs- und Bestrafungsmittel in der Außenpolitik, zumal wir Deutschen noch durch unsere Teilung mittendrin hingen. Es wurde also den hilfsbedürftigen Staaten der ganzen Welt (insgesamt 127!) beigebracht, dass es nur das eine (West)Deutschland gibt und das andere, die „DDR“, nicht die geringste Legitimation hat. Wer anfangs, bei diesem Thema in die falsche Richtung zu schießen, der hatte schon die Geldquelle deutscher Entwicklungspolitik verloren. Man überbot sich dann noch in diplomatischer Akrobatik beim sogenannten „Kambodschieren“, einem ganz besonderen Fall in der Entwicklungspolitik: Obwohl Kambodscha auch Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte, bekam es mildernde Umstände zuerkannt. Aber im Grunde war das Mittel miss- und verbraucht, ehe es überhaupt richtig zu staatspolitischer Geltung kommen konnte.

Das Gießkannenprinzip war Grundlage dieser Politik, weil es ja galt, alle Staaten außerhalb der östlichen Comecon⁴-Hemisphäre bei der Stange zu halten, auch die Tonga Inseln im Pazifik. Das führte dazu, dass größere Ziele natürlich nicht erreicht werden konnten und lediglich Regierungen bedient oder bestraft wurden.

Das alles rächt sich bis heute. Denn das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die GTZ sitzen auf Personal-Altlasten und auf einem aufgeblähten Apparat mit einer eigenen Sprache und Semantik, der im Grunde radikal abgebaut gehört. Der erste Schritt war mit einem Abbau der Empfängerländer getan. Aber was bedeutet der Rückgang von 127 auf 86 Länder, davon einige Schwerpunktländer? Diese Länder haben sich an die Unterstützung gewöhnt und sie planen diesen Batzen Geld fest ein. Kurz, es geht darum, dass die Bundesrepublik Deutschland, um von jeder Form von Paternalismus wegzukommen, mit einem oder zwei Ländern in Afrika, einem in Asien und einem in Lateinamerika so intensive Beziehungen beginnt, dass sich daraus etwas ergibt, wofür man ein von mir wegen seines modisch inflationären Gebrauchs gehasstes Wort endlich einmal in Anschlag bringen könnte: Nachhaltigkeit. Intensive Beziehungen mit Äthiopien und/oder Tansania, mit Afghanistan, mit Bolivien und Guatemala – das wäre etwas, was bescheiden und groß zu-

⁴ COMECON, der Council of Mutual Economic Assistance („Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“), wurde als sozialistisches Gegengewicht zum Marshallplan und zur OECD am 25. Januar 1949 in Moskau gegründet.

gleich wäre. Diese Länder wüssten, dass sie von uns Deutschen auch wirklich gemeint sind. Und für die Entwicklung der Millenniumsziele würde durch Konzentration viel mehr erreicht.

Die Häresien der NGOs

Die wunderbare und ganz aus dem Saft und Humus Europas herausgewachsene Gemeinde der NGOs, der Non Governmental Organisations, ist dabei, häretisch abzubauen und den geraden reinen Weg der eigenen Berufung und des Namens zu verleugnen. Die meisten sind nicht mehr *Non Governmental Organisations*, sondern sie sind *Governmental Organisations*. Franz Nuscheler, der Doyen aller Entwicklungswissenschaftler, hat dafür den guten und präzisen Abkürzungsbegriff der QUANGOs geprägt, der *Quasi Non Governmental Organisations* – oder der GNGOs, der *Governmental Non Governmental Organisations*. Das meint nicht, dass Regierungsarbeit und Regierungsgeld schlecht wären oder stinken würden. Nein, aber es muss eine Trennung bestehen, denn sonst halten sie nicht mehr, was sie versprechen, nämlich als NGOs außerhalb der Regierungen zu operieren.

Hinzu kommt, dass die NGOs viel zu stark wohlstands- und luxusabhängig geworden sind. Es ist ein florierender Berufszweig geworden und die Helfer machen sich unentbehrlich. Dabei müssten sie, wenn sie sich schon berufen fühlen, so etwas zu tun, auf die Dörfer gehen und die Bedingungen der Bauern und Campesinos mittragen können. Die Fehlentwicklung beginnt damit, dass diese Arbeit zu einem normalen Beruf geworden ist. Die Tarifabhängigkeit von uns Helfern ist erschreckend. In Afghanistan halten es Helfer der NGOs keine sechs Monate aus, ja keinen Monat, ohne sich mindestens ein Mal pro Woche zu besaufen. Es gibt in der Hauptstadt der Afghanen bereits zwei bayerische Bierkneipen. Die Bundeswehrsoldaten müssen in den Festungen, in denen sie eingeschlossen sind, eins zu eins den Wohlstand der Bundesrepublik haben, bis hin zur Mülltrennung und zum TÜV.

Die verballhornte Kunstsprache der Entwicklungspolitik

Was man auf dem Feld der Realitäten und der Tat nicht erreicht hat, das gelingt einem mühelos in der Semantik. Da schlackern einem die Ohren: Da ist die Rede von der „Sustainability“, so triumphal, dass man meinen könnte, das Wort allein schaffe schon eine neue Realität. Alles soll so rätselhaft klingen wie in einer Geheimwissenschaft, um die seit 40 Jahren bestehende Unfähigkeit zum Erfolg zu bemänteln. „Empowerment“ ist sehr gefragt, ebenso „Capacity Building“ und „Advocacy“. Es wird unterschieden zwischen normalen Menschen und „Gender-Menschen“. Letztere sind einfach nur Frauen. Die GTZ-Leute „zoppen“. Das ist ein eigenes Tätigkeitswort, das eine passive Pause bezeichnet, die darin besteht, dass die sogenannten Helfer sich in einem vornehmen Hotel auf Kosten des Steuerzahlers treffen, um ZOP zu betreiben: Zielorientierte Planung. Das schafft zwar keine neue Realität, aber es macht einen stolz, in einer solchen Sprache zu leben.

Bosnien, die Schlussphase des Krieges

Entgegen des Schwurs, den Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs geleistet hat, hatten wir einen langen, grausamen, quälenden, die Zivilbevölkerungen misshandelnden Krieg auf dem Balkan. Die Schlussphase des Krieges in Bosnien, der mehr noch als jeder andere Krieg unnötig und dreckig war, fügte all den Grausamkeiten und den Vergewaltigungsorgien, die über das Land hinweggegangen sind, noch eine große, fast triumphale Coda an.

Möglich war das durch diesen ganz faulen Friedensschluss, den man sich in Dayton, Ohio geleistet hatte. Was man in dieser schmutzigen Welt nie zulassen sollte, ist, dass alle Parteien eines Krieges nach dessen Beendigung zu Siegern und Friedensfürsten ernannt werden. Alija Izetbegovic hätte sich ja nicht vorstellen können, dass er einmal unter dem grinsenden Bill Clinton und dem US-Unterhändler Richard Holbrooke, Milosevic – dem Auslöser des Krieges und aller Bestialitäten, deren marodierende Banden seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr fähig gewesen waren – würde die Hand reichen müssen.

Alle wurden zu Siegern erklärt. Die Armee der siegreichen bosnisch-kroatischen Zweck-Koalition war dabei, einen Großteil der von dem schrecklichen Poeten und Psychiater Karadzic eroberten Landmasse zurückzuholen. Doch dann musste eben diese Armee bei Mrkonjic Grad stehen bleiben und schließlich umkehren, weil man sich des Wohlwollens von Don Mirko, von Slobodan Milosevic versichern wollte. Dass sie dabei betrogen wurden, freut einen, denn sie hätten wenigstens das aus der Zeit von Adolf Hitler, Chamberlain und Daladier wissen sollen.

Das verfluchte Dayton Abkommen war unter anderem möglich, weil unsere Regierungen uns Bürgern, die wir ja schließlich das Geld geben, mehr oder weniger sagten, dass weiteres militärisches Engagement in diesem Konflikt zu viel Geld kosten würde. Im Dayton-Vertrag wurde dann selbst eine Sache, die eigentlich einfach gewesen wäre, nicht festgeschrieben, nämlich die Rückgabe der drei serbisch belagerten Vororte Vogosca, Ilidza und Grbavica an Sarajevo. Genau das wurde schließlich ein Drama, weil nichts, aber auch gar nichts geregelt war. Die Internationalen, die da herumfuhren, haben, wenn es darauf ankam, wenn schon wieder jemand vergewaltigt wurde oder schon wieder ein Haus angezündet wurde, nichts verhindert. Wieder das gleiche Thema: Wer ist für den Bewohner dieses Hauses der Nächste?

Ich erinnere mich an zwei konkrete Situationen. In dem Stadtteil Grbavica war damals auch noch eine verbrecherische Clique im Untergrund am Werk, die die Serben aus Grbavica herausekeln wollte. Auf unserer täglichen Strecke in die Stadt sahen wir vom Auto aus plötzlich ein brennendes Haus. Aus mehreren Fenstern stieg der Rauch auf. Sebastian Dietrich, ein Arzt, der mehr als andere Angehöriger seiner Zunft ist, weil er solche Zustände verachtet, rannte sofort die Treppe hoch und holte aus einer Wohnung eine ältere Frau raus, die wir gemeinsam hinuntertrugen. Unten waren inzwischen junge Franzosen der IFOR angekommen, die auch sofort in den Flur rannten und uns unterstützten. Es ist kein Pappenstiel, gewichtige Frauen über drei Etagen die Treppen hinunterzutragen,

aber wir hatten es geschafft. Am nächsten Tag kamen wir an dem Wagen der Franzosen vorbei. Der junge Soldat, der so stolz darauf gewesen war, dass er hier hilfreich und lebensrettend sein durfte, hatte als Gruppenführer einen Anschiss bekommen: Hilfeleistungen dieser Art sehe das Mandat nicht vor.

*Wir können auch den Titel dieses Vortrags ändern:
Das Mandat oder das Evangelium*

Die zweite Situation hat Sebastian Dietrich, dieser Nächste, der es hoffentlich geschafft hat, sich diese Qualität durch alle Fallstricke des deutschen Gesundheitssystems zu erhalten, so beschrieben:

Wir sehen ein Haus brennen. Ab ins Auto und los. Wir kommen nur schwer mit dem Auto hin, zu viele Leute, etwa 50 IFOR Soldaten, unzählige Journalisten, viele Schaulustige. Ich sage Ihnen, solche Leute wie Leo Trotzky oder Hemingway, die uns den Balkan-Krieg in einem ganzen Buch erzählt hätten, die gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch faule Journalisten, die von ihren Armeen verführt werden. (Ausnahmen wie der große Journalist der taz, Erich Rathfelder, verletzen die Regel.)

Aus den oberen Fenstern rufen Frauen um Hilfe. Sie haben Angst, im Hausflur zu erstickten.

NIEMAND HILFT!

Wieder keine Zeit für Angst. Die Haustür ist abgeschlossen, doch die Frauen werfen den Schlüssel herunter. Die Tür ist auf, ich sehe nur Rauch. Also tief Luft holen. Ich hoffe, im ersten Stock eine offene Wohnungstür zu finden, um dann am Fenster neue Luft zu bekommen. Oben warten noch sieben Frauen, zwei davon sind alt. Im Rauch ist schnelles Rennen nicht möglich. Ich bin kurz vor der brennenden Wohnung. Die Tür ist geschlossen, aber durchgebrannt. Es kracht. Da ist sie wieder, die Angst, doch Zögern kostet Luft. Zwei Treppen sind zu schaffen.

An den Rückweg kann ich mich nicht erinnern. Ich trage die eine Frau. Luft!

Mehrere Journalisten laufen mir entgegen. Ich trage die Frau ins Auto, die Schwester spritzt ein Beruhigungsmittel. Jemand zupft mich am Ärmel und bittet mich um ein Interview. Wütend stoße ich ihn weg und sehe mich nach der zweiten alten Frau um. Da steht sie bitterlich weinend und frierend im Nachthemd. Um sie herum, ein enger Kreis von fotografierenden Journalisten.

NIEMAND HILFT!

Auch Journalisten versäumen es, Nächster zu sein und gehen stur ihrer Profession nach, wo es eigentlich geboten wäre, etwas für die Menschen zu tun. Der Journalismus hat grausame Gesetze, denen man aber weder folgen muss noch folgen darf. Der große Kollege Stefan Klein, Chefreporter der Süddeutschen Zeitung, erzählte mir, er sei einmal vom Stern aufgefordert worden, das Sterben eines Kleinkindes zu dokumentieren. „Das kann ich doch nicht“, sagte er, „da muss ich doch andauernd sehen, ob ich nicht noch etwas füttern kann – Wasser einflößen, einen Venenkatheter legen.“

*Die zweite Moderne und das Versicherungsrisiko
Oder der EU-Nächste und der nicht versicherte Nicht-EU-Nächste?!*

Nun leben der europäische Nächste und der europäische Zuständige – und manchmal kommt es ja auch zu einer Personenidentität der beiden – nicht im luftleeren Raum, sondern in der zweiten Moderne. Nach dem 11. September 2001 gibt es das innerste Heiligtum des Europäers nicht mehr, was da heißt: Selbstschutz (für die Soldaten) und Versicherungsschutz (für die Zivilisten).

Literarisch eingeläutet wurde dieses neue Dilemma, in dem wir uns in Mitteleuropa und den USA heute befinden, durch einen Schweizer Schriftsteller, der 1962 ein Drama schrieb, das uns damals noch unglaublich erschien, das aber ganz schnell seinen realistischen Boden und seine prophetische Kraft erkennen ließ.

Der Mann hieß Friedrich Dürrenmatt, das Drama: „Die Physiker“. In den 21 Punkten, die er seinem Stück beigegeben hat, heißt es:

1. *Ich gehe nicht von einer These, sondern von einer Geschichte aus.*

So gehen die Versicherungsagenten oder die Soziologen auch von „Geschichten“ aus, und die heißen: Tschernobyl, BSE, 11. September 2001, Beslan, Madrid, London, Tsunami, Hurrikan Katrina.

Weiter hat der Dramatiker 1962 das Folgende von uns verlangt, das heute als Forderung ganz besonders virulent wird:

2. *Geht man von einer Geschichte aus, muss sie zu Ende gedacht werden.*

3. *Eine Geschichte ist dann zu Ende gedacht, wenn sie ihre schlimmstmögliche Wendung genommen hat.*

4. *Die schlimmstmögliche Wendung ist nicht voraussehbar. Sie tritt durch Zufall ein.*

Schon sind wir in der Weltrisikogesellschaft, die der Hofsoziologe Ulrich Beck so beschreibt: „Die nicht erkennbaren Risiken der Risikomodelle verstecken sich unter der Oberfläche der Kontrollierbarkeit.“⁵

Kommen wir wieder zu der Frage des Nächsten und des Zuständigen. Der Nächste ist ganz schön an den Rand gedrängt. Das fällt mir auch auf, wenn ich bei Unfällen auf der Autobahn erlebe, dass die Versicherungsfragen für den Schaden am Auto viel wichtiger sind als die Tatsache, dass da jemand mit dem Krankenwagen geholt werden muss. Oder, dass da jemand zu seiner todkranken Mutter unterwegs ist. Wichtiger ist die Versicherung.

Auch nach dem 11. September war die wichtigste Frage natürlich: Wie kann diese perfekte westliche Welt so etwas in Zukunft versichern? Nun soll man nicht meinen, dass unsere modernen Kirchen – was die Banken und die Versicherungspaläste ja schließlich sind – bei einem solchen Schreckensszenario am Ende wären. Weit gefehlt: In den Vereinigten Staaten gibt es genau dazu eine Fallstudie von Ericson und Doyle, die der Frage nachgeht, inwieweit der 11. September 2001 die Versicherungen überfordert hat.

⁵ Beck, Weltrisikogesellschaft, 2007, S. 234.

Die Antwort: „9/11 war ein großer Einbruch, und die Versicherungsindustrie arbeitete dennoch relativ gut, indem sie Kompensationen zahlte. In diesem Fall gilt: Ein Modernisierungsrisiko war durchaus beherrschbar durch das Versicherungssystem.“

Diese Industrie ist schon längst dabei, „Bedrohungen in Marktchancen zu verwandeln“.

Der Zuständige in den Nuba-Bergen

In den Nuba-Bergen, ebenso wie in Tschetschenien, also überall da, wo die Reise an die Grenzen der legalen Welt geht, hat der Zuständige ausgespielt. Der Zuständige muss uns davon abhalten, etwas für Menschen zu tun, die durch den Rost der Legalität gefallen sind. Als wir uns am 13. Dezember 1999 auf den Weg machten – zwei Zuständige und ein Nichtzuständiger, Heiner Geissler, Norbert Blüm und ich –, um von Kenia aus den Kordon der legalen Welt zu durchstoßen und bis in die Nuba-Berge bei Kauda im Zentral-Sudan zu kommen, da wollte uns der deutsche Botschafter von diesem Versuch einer Hilfestellung für illegal lebende Menschen abbringen. Es klappte nicht.

Wir kamen dorthin und diese Menschen in den Nuba-Bergen hatten das Gefühl, es sei der höchste Zuständige zu ihnen gekommen. Die Überzeugung, dass es sich bei Heiner Geissler um den Bundeskanzler und bei Norbert Blüm um den Bundespräsidenten handeln müsse, war ihnen nicht auszutreiben.

Der Zuständige versäumt die Situation und bittet später noch einmal um die Wiederholung der Situation. Wir alle kennen das, ob wir nun zuständige Nächste oder nächste Zuständige sind. Wir wollen etwas getan haben, aber wir haben Gründe, nichts zu tun, wenn der Fall eintritt. So kommt es in Albert Camus letztem Roman „La Chute“ (zu deutsch falsch übersetzt mit „Der Fall“, es muss eigentlich heißen „Der Sturz“) dazu, dass der zuständige Bußrichter immer wieder auf der Seine-Brücke die Frau sieht, die gleich den Selbstmord begehen wird, aber nichts tut, denn er ist ja nicht zuständig.

O Mädchen, stürze dich nochmals ins Wasser, damit ich ein zweites Mal Gelegenheit habe uns beide zu retten! Ein zweites Mal, Ha, welch ein Leichtsin! Stellen Sie sich doch vor, lieber Herr Kollege, man nähme uns beim Wort! Dann müssten wir ja springen! Brr, das Wasser ist so kalt! Aber keine Bange! Jetzt ist es zu spät, es wird immer zu spät sein. ZUM GLÜCK!

„What shall we abolish next?“

Um nicht pessimistisch zu schließen, füge ich hinzu: Die Menschheit hat großartige und gewaltige Aufgaben gelöst und bewältigt. Vor zweihundert Jahren wurde der Anfang vom Ende der Sklaverei in Großbritannien beschlossen.

Am 25. März 1807 genau um zwölf Uhr mittags, als der britische König George III. das Gesetz unterschrieb, welches den Sklavenhandel im gesamten Britischen Empire verbot, stellte William Wilberforce, der Anführer der Bewegung für die Abschaffung der Sklaverei, seinem Neffen Henry Thornton die welthistorische Frage:

Well, Henry, what shall we abolish next?

Was sollen wir als Nächstes abschaffen? Die Antwort ist zu Anfang des 21. Jahrhunderts eindeutig: Die gewaltige Ungerechtigkeit. Die Kluft zwischen den Wohlstandserben der reichen Nationen und den Milliarden von Menschen, die in der sogenannten Dritten Welt in bitterster Armut leben.

